

werkschaftstag vorgestellt und beantragt werden, es in der GEW Hamburg zu etablieren.

Zudem sind alle interessierten Kolleg\_innen mit und ohne Fluchterfahrungen eingeladen, zu einem offenen Informationstreffen am 23. Mai um 17.30 ins Curiohaus zu kommen. Neben

Informationen zum deutschen Bildungssystem wird dort die Möglichkeit geschaffen, Buddy-Tandems zu bilden und konkrete Schritte der Partizipation zu planen.

Bei Interesse an dem „Here to participate“-Programm melde dich mit einer kurzen Beschrei-

bung deines Interesses. Außerdem sind Menschen gesucht, die Übersetzungsarbeiten anbieten können.

JAN KOLBOW, TOBIAS WOLLBORN,  
ROBERT HÜBNER, RONJA HEINELT,  
GEW-Studis,  
Kontakt über  
dehnert@gew-hamburg.de

## FLÜCHTLINGE 3

# Tiefgaragen zuerst für Deutsche!

Der geplante Volksentscheid der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ öffnet Räume für rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit

Ob in Öjendorf, Rissen, Billwerder, Neugraben-Fischbek, Hummelsbüttel, Eppendorf, Klein-Borstel, Lurup usw. – überall dort, wo in Hamburg (Not-)Unterkünfte für Geflüchtete geplant werden, formieren sich Anwohner\_innen, um diese zu verhindern. Seit Anfang des Jahres haben sich 13 Bürgerinitiativen zum Dachverband der „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“ (IfI) zusammengeschlossen und im Februar eine Volksinitiative gegen Großunterkünfte gestartet. Für dieses Anliegen wurden innerhalb von fünf Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt und damit die erste Hürde auf dem Weg zum anvisierten Volksentscheid im Herbst 2017 genommen. Entgegen ihrer humanistisch anmutenden Forderung nach „nachhaltiger Integration“ befördert diese Volksinitiative eine Debatte um eine hamburger Obergrenze für Geflüchtete, schürt Ängste vor „den Fremden“ und mobilisiert rassistisches Gedankengut.

### Strukturelle Mangelunterbringung

Der Unwille, sich rechtzeitig um die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten zu

kümmern, obwohl eine steigende Anzahl von Schutzsuchenden prognostiziert wurde, hat auch in Hamburg zu einer strukturellen Unterversorgung bei der Unterbringung von Geflüchteten geführt. In deren Folge mussten im Sommer 2015 Tausende in Containern, Zelten und ehemaligen Baumärkten unterkommen oder erhielten überhaupt keinen Platz in einer Unterkunft. Um solche Szenarien und Bilder zukünftig zu vermeiden, will der Hamburger Senat im Jahr 2016 insgesamt 40.000 neue Plätze für Erstaufnahme- und Folgeunterkünfte schaffen. In Planung sind auch mehrere Großunterkünfte, die in Einzelfällen von mehreren Tausend Geflüchteten bewohnt werden sollen.

### Heimliche Obergrenze für Hamburg

Die Volksinitiative der IfI fordert nun eine Maximalbelegung von 300 Personen pro neu eingerichteter Unterkunft und einen Mindestabstand von 1 km zwischen den Unterbringungen. Ihre Hauptargumente sind – wie der Name der Volksinitiative offenlegt – die bessere Integration und die insgesamt besseren Bedingungen für Geflüchtete.

Klar, Sammelunterkünfte stehen einem angemessenen Leben von Menschen (mit oder ohne) Fluchtgeschichte – mit ausreichend Wohnraum und Privatsphäre, guter infrastruktureller Anbindung und der Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe – entgegen. Eine Durchsetzung der Forderungen der Volksinitiative würde aber keine Verbesserung, sondern zumindest eine Aufrechterhaltung des Status Quo – bei der zu erwartenden Einwanderung weiterer Schutzsuchender – eher noch eine Verschlechterung der schon jetzt katastrophalen Wohnbedingungen zur Folge haben. Eine Realisierung vieler kleiner Unterbringungen wird so schnell nicht geleistet werden – und auch die IfI hat keine Lösungsvorschläge, die dem Bedarf annähernd gerecht würden. Eine Begrenzung der Unterkünfte auf maximal 300 Personen würde dementsprechend eine faktische Obergrenze für die Unterbringung von Geflüchteten in Hamburg bedeuten.

Der Wunsch nach einer Reduzierung der Geflüchteten in der Hansestadt wird auch durch die Forderung der Volksinitiative deutlich, den Königsteiner

Schlüssel zur bundesweiten Verteilung von Asylbewerber\_innen so abzuändern, dass weniger nach Hamburg – und entsprechend mehr nach Hauptsache woanders-hin verteilt werden. Auch hier geht es nicht um die Bedürfnisse der Geflüchteten, wie etwa deren freie Wohnortwahl. In Großstädten finden sich aufgrund der Zentrumsfunktion und Anschlussmöglichkeiten an migrantische Communities bessere Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe als in der schleswig-holsteinischen oder mecklenburgischen Provinz. Stattdessen scheint auch bei den Ifl die Haltung durch: „Geflüchtete: Ok – aber nicht zu viele bei uns“.

### Not in my backyard

Überall in Hamburg gründen sich Bürgerinitiativen, um Großunterkünfte in der eigenen Nachbarschaft zu verhindern. Auch die Initiativen in Jenfeld, Harvestehude und Bergedorf, die nicht im Ifl-Dachverband organisiert sind, seien in Erinnerung gerufen. Hinter der Ifl-Argumentation nach einer „gerechteren Verteilung“ der Geflüchtetenunterbringung innerhalb Hamburgs kommt zum Vorschein, dass sich an jedem geplanten Standort Argumente finden lassen, warum dies genau an diesem Ort nicht möglich sei. Zur Veranschaulichung einige Argumentationen, die bei der Anhörung der Initiativen im Stadtentwicklungsausschuss am 11. Februar vorgebracht wurden:

- In Neugraben-Fischbek fehle für die geplante Unterkunft die „Durchmischung“ der Bevölkerung, zudem sei die schulische und medizinische Infrastruktur zu schlecht.

- In Allermöhe-Billwerder solle die Geflüchtetenunterbringung auf mangelhaftem Baugrund errichtet werden und liege außerdem zu nah an Naturschutzgebieten (was u.a. die „zierliche Tellerschnecke“ be-

drohte).

- In Eppendorf gebe es zwar noch keine Geflüchteten, aber zu wenig Partizipationsmöglichkeiten für Bürger\_innen, um eine Unterkunft zu errichten.

- In Klein-Borstel sei die Unterkunft zu sehr vom Stadtteil abgeschottet, gleichzeitig sei die Wohndichte in selbigem zu hoch und der Wohnraum in den Containern zu gering.

- In Eidelstedt lägen die geplanten Standorte mitten in „sozialen Brennpunkten“ – ausgerechnet dort, „wo wirklich schon ein sozialer Entwicklungsrückstand ... vorhanden“ sei.

- In Lurup – Osdorf – Bahrenfeld sei die Unterbringung von Geflüchteten zu konzentriert, zu teuer und die bisherige Bevölkerung ohnehin schon zu migrantisch.

- In Hummelsbüttel sei der Naturschutz gefährdet, da der geplante Standort mitten auf einer der „wichtigsten Frischluftachsen Hamburgs“ liege.

- In Lemsahl-Mellingstedt gebe es ebenfalls zu wenig Infrastruktur für eine Geflüchtetenunterkunft.

- In Rissen gebe es zu wenige ehrenamtliche Helfer\_innen, die die Geflüchteten integrieren könnten und

- Sülldorf liege zu nah an Rissen, um eine eigene Unterkunft verkraften zu können.

Auch wenn die Argumente im

bandes ausspricht, weil „ihrem“ Stadtteil dadurch mehr Geflüchtete zugeteilt werden könnten, bestätigt diese Annahme.

### Die Angst vor dem Ghetto

Neben diesen Argumenten wird vom Dachverband wie auch in der Volksinitiative der Begriff der Integration ins Feld gebracht. Diese solle gut, erfolgreich und nachhaltig sein. Integration wird als Kampfbegriff verwendet, der nirgends richtig ausbuchstabiert wird. Wenn von Integration der Geflüchteten die Rede ist, dann solle diese zum Wohl der einheimischen Bürger\_innen geschehen und nicht im Interesse der Geflüchteten. Integration, um die Sicherheit des mehrheitsdeutschen Zusammenlebens zu gewährleisten, um „Parallelgesellschaften“ – oder, wie die Ifl es ausdrückt: Ghettos – zu verhindern.

Mit der Volksinitiative wird generell eine Perspektive auf Migration und Geflüchtete geworfen, die diese zum Problem macht. Menschen mit Fluchterfahrung stellen in den Augen der Initiative – zumindest in größerer Anzahl – eine Gefährdung des Zusammenlebens und der öffentlichen Sicherheit dar. Konkret wird das mit dem Begriff des Ghettos, der von den Bürgerinitiativen angeführt wird, um vor den vermeintlichen Folgen der Großunterkünfte zu warnen.

Die Forderung „Tiefgaragen zuerst für Deutsche“ fiel auf einer Anwohner\_innensammlung (22.2.16) zu der geplanten Unterkunft in Hummelsbüttel, nachdem Unverständnis darüber geäußert wurde, dass Geflüchtete in einem Gebäude untergebracht werden sollen, das über Tiefgaragen verfüge – obwohl sie diese gar nicht benötigen würden.

einzelnen eventuell nachvollziehbar sind, herrscht eine Not-In-My-Back-Yard-Haltung vor, die in der Summe jegliche Unterkünfte – egal an welchem Standort – zu verhindern versucht. Dass die Initiative Lebenswertes Lemsahl sich nun gegen die Volksinitiative des Dachver-

So zogen die Ifl im Februar unter den Slogans „Integration statt Wohnghettos“ und „Demokratie statt Olaf-Scholz-Ghettos“ vom Gänsemarkt zum CCH. Durch die Verwendung des Begriffs Ghetto werden Geflüchtete nicht als Subjekte, sondern als eine kulturell-religiös homogene



Foto: GEW-Studios

**Nachbarschaft entsteht durch gemeinsames Handeln – nicht durch Abschottung**

ne Masse wahrgenommen, die mit den Bildern des bedrohlichen kriminellen „Anderen“ verknüpft werden. Dieses zum Objekt Machen schließt an rassistische Bilder an, die größere Unterkünfte mit Unsicherheit, Bedrohung und Parallelgesellschaften assoziieren.

Explizit werden diese Bilder bei einem kleinen Teil der Initiativen. So herrscht in Rissen Angst vor rechtsfreien Räumen und die Befürchtung, Alte und Kinder wären mit einer Geflüchtetenunterkunft in der Nachbarschaft nicht mehr sicher. In Hummelsbüttel erwartet ein Vertreter der Initiative bei „300 oder mehr Wohneinheiten an einem Ort“, die „von einer homogenen Gruppe“ bewohnt werden, „der unsere Kultur fremd ist“, soziale Brennpunkte mit „massiven Problemen“ – gemeint sind Probleme für die einheimische Bevölkerung. Aber auch die übrigen Initiativen schüren mit ihrem ständigen Reden von Ghettos Angst in der Bevölkerung. So werden auch medial die Bilder von bevorstehenden „Brennpunkten“, „Ghettos“ und drohenden Verhältnissen wie in den französischen Banlieues transportiert.

**Kulturalisierung von Sexismus**

Zudem werden im Rahmen

der Debatte um die Großunterkünfte Szenarien gezeichnet, die diese mit einer erhöhten Gefährdung weißer deutscher Frauen und Kinder durch geflüchtete Männer in Zusammenhang bringen. So wird von der Sülldorfer Ini über einen sexistischen syrischen Familienclan in einem – so wörtlich – „Asylantenheim“ schwadroniert, der nicht mehr zu integrieren sei. Dieses Hervorheben des Sexismus der vermeintlich „Anderen“ beschreibt die Erziehungswissenschaftlerin und Bildungsreferentin Nissar Gardi – für den Kontext der Debatte um die sexualisierten Übergriffe an Silvester – als kulturalisierten Sexismus. Sexistische Verhaltensweisen und patriarchale Strukturen werden demnach aus der eigenen Gesellschaft ausgelagert und dem geflüchteten / muslimischen Anderen zugeschrieben. Eine Kulturalisierung von Sexismen findet auch in der Ifl Anklang, wenn zum Beispiel auf der Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses besonders geflüchtete Männer zum Problem für die öffentliche Sicherheit erklärt werden und auf der (geschlossenen) facebook-Gruppe der Initiative Neugraben-Fischbek mediale Berichte sexualisierter Übergriffe gesammelt und diese als „Wesen“ der Kultur „der Anderen“ ausgemacht werden.

**Aktuelle Entwicklungen: Erfolge der Ifl**

Im Frühjahr 2016 erreicht der Protest der Ifl bereits erste konkrete Erfolge. Nach der spektakulären Sammlung von 26.000 Unterschriften für die Volksinitiative gab es einige Zugeständnisse der Politik an die Initiativen. So wurde die geplante Unterbringung in Rissen von 800 auf 400 Wohnungen und die Anzahl der Plätze am Billwerder Gleisdreieck von 4.000 auf 2.500 reduziert. Zudem hat die Sozialbehörde die Planungen für die Unterkunft Am Ascheländ II in Neugraben-Fischbek abgeändert und die Zahl der geplanten Plätze auf 1.500 halbiert. In der geschlossenen facebook-Gruppe der lokalen Initiative gibt man sich damit allerdings nicht zufrieden. Dort wird das Einlenken der Politik als strategisches Geplänkel abgetan, mit dem diese den Volksentscheid verhindern wolle. Zudem wird gefordert, 1.500 Geflüchtete als Obergrenze für den gesamten Stadtteil zu setzen und nicht für eine Unterkunft. Es wird geschimpft, bei den angedachten 1.500 Geflüchteten sei „immer noch MINDESTENS eine Null zuviel bei den Planungswerten“ oder gar: „Immer noch 1500 zu viel“. Noch einmal: Natürlich ist rassistisch motivierte Segregation zu verurteilen und zu bekämpfen. Wenn

die Initiativen für erfolgreiche Integration am Gänsemarkt aber von „fehlender Durchmischung“ in den Stadtteilen sprechen, ist dies als Äquivalent zum – in Verruf geratenen – Ausdruck der „Überfremdung“ zu verstehen. Im Mittelpunkt steht das Sicherheitsempfinden der Mehrheitsdeutschen und nicht die bessere Teilhabe von Geflüchteten an der Gesellschaft.

Anfang März erzielt die Initiative dann einen weiteren kurzzeitigen Erfolg: Die Harburger Bezirksversammlung lehnt den Bauantrag für die Unterkunft ab, bevor sie ihm dann doch zustimmt. In Klein-Borstel freut sich die Initiative: Die Baugenehmigung der geplanten Unterbringung wird vom Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt. Die Zugeständnisse drohen den Initiativen weiteren Rückenwind zu geben. So reichen sie Anfang April Bürgerbegehren in den Bezirken ein, mit denen die Bauvorhaben auf Eis gelegt werden könnten.

### **Anschlussfähig für ganz rechts**

Im Gegensatz zu Pegida oder Initiativen wie der in Berlin-Hellersdorf ist der Dachverband der Ifl bemüht, sich nicht offen rassistisch zu äußern. Von der Volksinitiative wird „jegliche Unterstützung von rechten Parteien oder Organisationen (bspw. AfD)“ abgelehnt und im Rahmen der Unterschriftensammlung angedroht, von der AfD gesammelte Unterschriften nicht zu akzeptieren. Vor allem die Sprecher\_innen der Initiativen kennen sich gut in der politischen Landschaft der Hansestadt aus. Sie wissen mit der Presse umzugehen und sind sich über die Grenzen des Sagbaren bewusst. Beispiele aus der Anhörung der Initiativen auf der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zeigen aber, dass auch aus den Reihen der Ifl Angst vor vermeintlich gefährlichen Geflüch-

teten und vor Brennpunkten „fremder Kulturen“ geschürt sowie antimuslimisch-rassistische Hetze betrieben wird. Ein Blick auf die facebook-Gruppen legt zudem offen, dass die Inis und die Volksinitiative auch Anknüpfungspunkte und Foren für Menschen bieten, die rassistische Weltbilder vertreten oder zumindest für diese offen sind.

Die Intentionen der Initiativen mögen unterschiedlich sein und mitunter auch für Geflüchtete freundliche Elemente enthalten, im Fahrwasser der medial präsenten Volksinitiative sammeln sich aber auch Menschen, die so wenig wie möglich Refugees haben wollen – zumindest in der eigenen Nachbarschaft.

Sie finden sich z.B. über facebook Möglichkeiten, sich zu vernetzen. Die innenpolitische Sprecherin der LINKEN Christiane Schneider warnt vor einer „drohenden Polarisierung in der Flüchtlingsfrage“, die als Abstimmung „für“ oder „gegen“ Geflüchtete verstanden werden kann. Akteur\_innen der so genannten Neuen Rechten haben mehrfach bewiesen, dass sie sich auch bürgerlichem Protest anschließen, wenn das Ziel, die Verhinderung einer Großunterkunft für Geflüchtete in der Nachbarschaft, dasselbe ist. Auch könnten (extrem) rechte Organisationen und Parteien von einer gesteigerten politischen Debatte um die Verhinderung von Großunterkünften profitieren, indem sie diejenigen ansprechen, denen die Volksinitiative nicht weit genug geht.

### **Legitimierung für Restriktionen in der Migrationspolitik**

Nicht nur Pegida und rassistische Angriffe auf Unterkünfte, auch und gerade bürgerlichseriöse Initiativen wie die Ifl führen zu einer Legitimierung der fortgesetzten Einschränkung des Asylrechts durch das Ausrufen neuer „sicherer“ Herkunftsländer, des Schließens ganzer

Fluchtrouten und des (makaberen) Deals mit der Türkei. Denn, so heißt es mittlerweile von der CSU bis zur LINKEN (Wagenknecht): die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung dürfe nicht überstrapaziert werden. Und genau diese Grenze der Bereitschaft der Aufnahme von Geflüchteten machen die Ifl mit ihrer „Es reicht!“-Parole deutlich. Eine zunehmende Mobilisierung gegen die geplanten Großunterkünfte droht so zu weiteren migrationspolitischen Restriktionen zu führen. Auf der anderen Seite wird der – durch die Abschottung der Grenzen verursachte – Rückgang von neuen Asylanträgen in Hamburg schon als Argument für den Stopp der Großunterkünfte herangezogen.

### **Recht auf Stadt für alle**

Das Plenum des Hamburger Recht auf Stadt-Netzwerks hat Anfang Februar unter dem Titel *Migration findet Stadt. Gegen die Hysterie – für eine andere Planung* eine Erklärung veröffentlicht. Darin wird herausgestellt, dass es in Hamburg kein „Flüchtlingsproblem“, sondern ein Wohnungsproblem gebe und die Vorstellungen eines alternativen Urbanismus formuliert. Grundlage hierfür ist ein Umdenken in der Stadtentwicklungspolitik, das Geflüchtete als Teil der Gesellschaft und der Nachbarschaften anerkennt und ihre Interessen mit einbezieht. Das Netzwerk Never mind the papers fordert die Einbeziehung von Geflüchteten, die als Asylbewerber\_innen von einem Volksentscheid ausgeschlossen sind, in die Frage nach ihrer Unterbringung. An diesen Perspektiven gilt es anzusetzen und ein Recht auf Stadt für alle durchzusetzen.

TOBIAS WOLLBORN,  
für die GEW-Studis